

Widerstand gegen 50 Jahre israelische Besatzung und Vertreibung!

Im Juni 1967 eroberte Israel die Westbank, Ost-Jerusalem, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen und kontrolliert diese Gebiete völkerrechtswidrig bis heute. Als Folge wurden 300.000 Palästinenser zu Flüchtlingen, nachdem durch den Krieg 1948 (Nakba) schon 750.000 Palästinenser vertrieben worden waren.



Der Widerstand der palästinensischen Bevölkerung gegen die Besatzung mündete 1987 in die Erste Intifada, die durch die Oslo-Verträge 1993-95 beendet wurde. Den Palästinensern in der Westbank wurden kleine Inseln der Selbstverwaltung gewährt, die sog. A- und B-Zonen, während die C-Zone (ca.60 % der Westbank), völlig in israelischer Hand blieb. Ein eigener palästinensischer Staat wurde verweigert.

Zerstört sind die Hoffnungen der Palästinenser auf ein menschenwürdiges Leben und Frieden: Eine riesige Sperrmauer trennt Bauern von ihren Äckern, israelische Siedler rauben sich das fremde Land, unzählige Militärkontrollposten behindern die Mobilität der Bevölkerung, wirtschaftliche Aktivitäten werden erstickt, die Zerstörung von Häusern und willkürliche Festnahmen gehören zum Alltag der Palästinenser. Mehr als 600.000 jüdische Siedler leben mittlerweile in der Westbank und Ost-Jerusalem.

Während die internationale Gemeinschaft weiterhin die sog. Zweistaatenlösung hochhält, wird angesichts der Anzahl der Siedlungen von israelischen und palästinensischen Friedensaktivisten zunehmend eine Lösung mit gleichen Rechten für alle Bewohner in einem säkularen Staat diskutiert. Israel als Besatzungsmacht muss international gedrängt werden, das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anzuerkennen und die Bestimmungen des Völkerrechts zu akzeptieren:

Die Beendigung der Besatzung und der Abriss der Mauer, die vollständige Gleichberechtigung der arabisch-palästinensischen Bürger Israels und die Anerkennung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr, wie es in der UN-Resolution 194 von 1948 festgelegt wurde!

Wir fordern von Bundesregierung und EU:

- **Verhängung eines Verkaufs- und Lieferverbot von Waffen nach Israel und Palästina!**
- **Einstellung jeglicher Form militärischer Zusammenarbeit mit Israel!**
- **Aussetzung des Assoziationsabkommens zwischen der EU und Israel!**

**Kundgebung auf dem Münsterplatz:
Samstag, 17. Juni 2017 ab 14 Uhr**

Palästinensische Gemeinde Bonn, BDS-Gruppe Bonn, Institut für Palästinakunde Bonn und Deutsch-Palästinensische Gesellschaft NRW-Süd